

Berichterstattung:  
Senator Grote  
Staatsrat Holstein

Vorblatt zur  
Senatsdrucksache  
Nr. 2023/02319  
vom: 20.11.2023  
für den Senat  
am: 21.11.2023  
IV

**Teilnahme Hamburgs am Prozess zur Prüfung einer Bewerbung Deutschlands um die Olympischen und Paralympischen Spiele**  
**hier: Unterzeichnung des Memorandum of Understanding**

**A. Zielsetzung**

An dem vom Deutschen Olympischen Sportbund (DOSB) initiierten Prozess zur Prüfung einer Bewerbung Deutschlands um die Ausrichtung von Olympischen und Paralympischen Spiele und der Erstellung eines Ausrichtungskonzeptes wird Hamburg weiter teilnehmen und damit die grundsätzliche Option aufrechterhalten, als einer von mehreren Standorten Teil einer deutschen Bewerbung zu sein.

**B. Lösung**

Der Präses der Behörde für Inneres und Sport wird mit diesem Senatsbeschluss ermächtigt, das Memorandum of Understanding (MoU) in der Version 5 vom 2. November 2023 im Namen des Senats der Freien und Hansestadt Hamburg (FHH) zu unterzeichnen und gebeten, im Hinblick auf das weitere Verfahren die als Anlage 2 beigefügte Protokollerklärung abzugeben.

**C. Auswirkungen auf den Haushalt**

Durch die Unterzeichnung des MoU entstehen der FHH keine Kosten. Es werden aufgrund der im Text des MoU enthaltenen Vorbehalte keine Verpflichtungen eingegangen. In allen Phasen des folgenden Verfahrens (Standortauswahl/Grobkonzept, ggf. Bürgerbeteiligung, ggf. Bewerbung) und mit Blick auf sämtliche Finanzierungsnotwendigkeiten bleiben eine finale Entscheidung abzuwarten und die Entscheidungsrechte von Senat und Bürgerschaft vollständig gewahrt.

**D. Auswirkungen auf die Vermögenslage**

Keine.

**E. Sonstige finanzielle Auswirkungen**

Bis zur Vorlage des ersten Vorschlages für ein Ausrichtungskonzept (sog. Grobkonzept) trägt der DSOB allein die Kosten (bisher ca. 1.800 Tsd. Euro).

**F. Vollzugsaufwand**

Entfällt.

**G. Auswirkungen auf:**

- ☒ Familienpolitik (u. a. stärkere Förderung von Sport und Bewegung bei Kindern und Jugendlichen)
- ☒ Klimaschutz (Umsetzung von Klimaschutzmaßnahmen bei der Sanierung / Modernisierung von Sportanlagen)
- ☒ Inklusion
- ☒ Gleichstellung (gleichberechtigte Wettkämpfe für Frauen und Männer)

**H. Notifizierung nach EU-Recht**

Keine.

**I. Vorwegüberweisung**

Keine.

**J. Alternativen**

Verzicht auf die Unterzeichnung des Memorandum of Understanding und damit Ausscheiden aus dem Prozess.

**K. Anlagen**

1. Entwurf Memorandum of Understanding
2. Protokollerklärung Hamburgs



**DEINE IDEEN.  
DEINE SPIELE.**



# **MEMORANDUM OF UNDERSTANDING**

**GEMEINSAME ERKLÄRUNG ZU EINER DEUTSCHEN BEWERBUNG  
UM OLYMPISCHE UND PARALYMPISCHE SPIELE**

2. DEZEMBER 2023, FRANKFURT AM MAIN

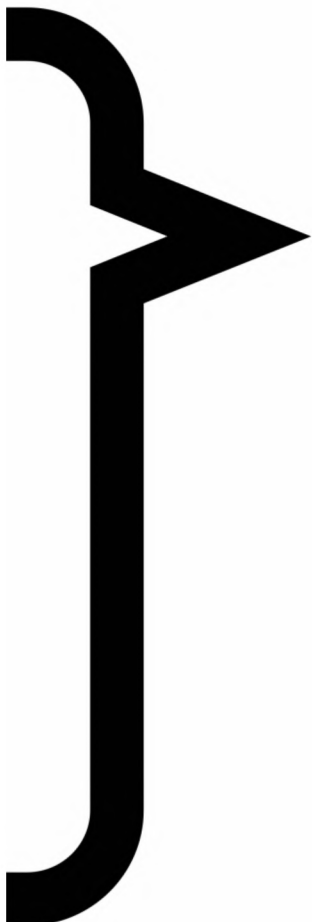
**Eine Bewerbung Deutschlands um Olympische und Paralympische Spiele auf der Grundlage des von der Mitgliederversammlung des Deutschen Olympischen Sportbundes im Dezember 2022 beschlossenen Strategieprozesses bedarf von Beginn an eines entschlossenen Zusammenwirkens von DOSB, Bund, Ländern und Kommunen.**

**Daher bringen wir im Rahmen unserer jeweiligen verfassungsmäßigen Kompetenzen bzw. satzungsgemäßen Aufgaben im Falle einer Bewerbung unsere Unterstützung für diesen Prozess mit folgender gemeinsamer Erklärung zum Ausdruck:**

## **BEWERBUNGSKONZEPT**

- Eine Bewerbung um Olympische und Paralympische Spiele verstehen wir als gemeinsame, nationale Aufgabe mit dem Ziel, Mehrwerte für das ganze Land zu schaffen – unabhängig davon, ob, wo und wann Olympische und Paralympische Spiele schlussendlich in Deutschland stattfinden sollen.
- Wir begrüßen ausdrücklich das reformierte Bewerbungsverfahren des Internationalen Olympischen Komitees (IOC), das mit zahlreichen Erleichterungen, Vereinfachungen und vor allem mit einer erheblichen Kostenreduzierung für die Bewerber verbunden ist.
- Ausgangspunkt für ein noch zu erstellendes Ausrichtungskonzept sind die Prämissen und Ziele, die dem Strategieprozess des DOSB zu Grunde liegen. Dazu gehören die umfassende Berücksichtigung nachhaltiger Themen, insbesondere die ausschließliche Nutzung vorhandener oder temporär ertüchtigter Sport- und Veranstaltungsflächen, eine breite Beteiligung und Zustimmung der Bevölkerung, ein spürbarer Impuls für die Sportentwicklung und ein ergebnisoffener Dialogprozess.
- Der DOSB ist als nationales Olympisches Komitee laut Olympischer Charta der formale Absender einer möglichen Bewerbung. Wir erkennen an, dass seiner Mitgliederversammlung nach politischer Abstimmung die Entscheidung darüber obliegt, welches Ausrichtungskonzept einer Bewerbung zu Grunde gelegt wird. Die Abstimmung mit dem Bund und den hiervon betroffenen Gebietskörperschaften erfolgt im Vorfeld.

## **FINANZIERUNG**

- 
- Die Kosten für die Vorbereitung und Erstellung eines Ausrichtungskonzepts (sog. Grobkonzept) bis voraussichtlich Mitte 2024 in Höhe von etwa 1,8 Millionen Euro trägt der DOSB aus Eigenmitteln. Die beteiligten Gebietskörperschaften tragen lediglich die jeweils entstehenden Personal- und Reisekosten für die Teilnahme an dem Prozess.
  - Nach Vorlage des grundsätzlichen Ausrichtungskonzepts (sog. Grobkonzept) durch den DOSB werden wir im Rahmen unserer jeweiligen Zuständigkeiten und vorbehaltlich der Zustimmung der entsprechenden Entscheidungsträger und Haushaltsgremien unseren finanziellen Beitrag zur Vorbereitung einer erfolgreichen Bewerbung um Olympische und Paralympische Spiele in Deutschland leisten, in die die Bevölkerung mit einbezogen werden soll.
  - Für die Koordination, vertiefende Ausarbeitung und regionale Kommunikation eines finalen Bewerbungskonzepts in Vorbereitung einer internationalen Bewerbung – voraussichtlich von Mitte 2024 bis Ende 2025 – stellen die ausgewählten Gebietskörperschaften jeweils maximal 500.000 Euro zur Verfügung. Eine Teilung des Betrags zwischen Land und Kommune ist möglich, eine finale Entscheidung darüber obliegt den jeweiligen Gebietskörperschaften.
  - Der DOSB wird mit der Präsentation des Ausrichtungskonzepts (sog. Grobkonzept) einen Kostenrahmen zur Organisation und Durchführung der Spiele präsentieren. Der Bund trägt – vorbehaltlich der Entscheidung des Haushaltsgesetzgebers – die Kosten für eine unabhängige Auditierung dieses Finanzierungskonzepts und beteiligt sich in einem angemessenen Umfang an den Kosten für die Fortführung der nationalen Beteiligungsformate und der Kommunikationskampagne.
  - Die Kosten für die Vorbereitung und Durchführung einer Bürgerbeteiligung tragen die ausgewählten Gebietskörperschaften jeweils selbst.
  - Für die Teilnahme am internationalen Bewerbungsverfahren ist mit zusätzlichen öffentlichen Mitteln von insgesamt bis zu zehn Millionen Euro zu rechnen, die – vorbehaltlich der Entscheidung der jeweiligen Haushaltsgesetzgeber – in einem angemessenen Verhältnis vom Bund sowie von den ausgewählten Gebietskörperschaften gemeinsam getragen werden. Eine exakte Abschätzung und Festlegung der Kostenteilung können erst nach Erlangung näherer Kenntnis des Bewerbungskonzepts und des Vergabezeitplans des IOC erfolgen. Es ist aber aufgrund des geänderten IOC-Verfahrens zu erwarten, dass die Kosten deutlich unter denen vergangener deutscher Bewerbungen liegen werden.
  - Rechtliche Verpflichtungen werden für die ausgewählten Gebietskörperschaften erst durch eine gesonderte Vereinbarung ausgelöst, die nach Präsentation des Ausrichtungskonzepts (sog. Grobkonzept) getroffen wird. Darin werden insbesondere die Finanzierung und Zusammenarbeit im nationalen und internationalen Bewerbungsverfahren im Detail geregelt.

## KOMMUNIKATION

- Wir verpflichten uns gegenseitig zu einem partnerschaftlichen, fairen und transparenten Umgang und werden den Prozess und eine möglicherweise daraus folgende Bewerbung dauerhaft politisch und kommunikativ unterstützen.
- Wir sind uns einig, dass ein sportfachlich wie politisch abgestimmtes Vorgehen und eine entsprechende öffentliche Kommunikation von hoher Bedeutung für den Erfolg des gemeinsamen Prozesses sind, und werden die vom DOSB zu diesem Zweck eingerichtete Stabsstelle Olympiabewerbung als zentrale Anlauf- und Koordinationsstelle nutzen.



**Nancy Faeser**  
Bundesministerin des Innern und für  
Heimat der Bundesrepublik Deutschland

Bayerisches Staatsministerium des  
Innern, für Sport und Integration



**Joachim Hermann**  
Bayerischer Staatsminister  
des Innern, für Sport und Integration



**Thomas Weikert**  
Präsident Deutscher Olympischer Sportbund



Landeshauptstadt  
München

**Dieter Reiter**  
Oberbürgermeister der Stadt München



**Iris Spranger**  
Senatorin für Inneres und Sport der Stadt Berlin



Hamburg | Behörde für Inneres  
und Sport

**Andy Grote**  
Senator für Inneres und Sport  
der Freien und Handelsstadt Hamburg

Die Landesregierung  
Nordrhein-Westfalen



**Andrea Milz**  
Staatssekretärin für Sport und Ehrenamt  
des Landes Nordrhein-Westfalen

**Kai Wegner**  
Regierender Bürgermeister von Berlin



Stadt Leipzig

**Burkhard Jung**  
Oberbürgermeister der Stadt Leipzig



Landeshauptstadt  
Düsseldorf

**Dr. Stephan Keller**  
Oberbürgermeister der  
Landeshauptstadt Düsseldorf

## Protokollerklärung Hamburgs

### zum Memorandum of Understanding (Gemeinsame Erklärung zu einer deutschen Bewerbung um Olympische und Paralympische Spiele)

Zur Vermeidung einer finanziellen Überforderung der Ausrichter-Städte bzw. -Regionen und für die örtliche öffentliche Akzeptanz ist von großer Bedeutung, dass die betreffenden Gebietskörperschaften die erheblichen Kosten einer Bewerbung um bzw. der Durchführung von Olympischen Spielen nicht im wesentlichen selbst zu tragen haben. Zwingende Voraussetzung für eine Erfolg versprechende Bewerbung und für ein erfolgreiches Referendum in Hamburg ist daher eine im Prozess erfolgende verbindliche Zusage des Bundes, einen überwiegenden Teil der Kosten für die Bewerbung und Durchführung der Spiele zu tragen.